



Dr. Helmut Kohl
3. April 1930. Deutscher Politiker(CDU).
Nach Schulbesuch in Ludwigshafen
Studium der Geschichte, Jurisprudenz
und Staatswissenschaften in Frankfurt
am Main und Heidelberg. Bereits als
Schüler (1947) Mitglied der CDU.
1958 Promotion cum laude über das
Wiedererstehen der Parteien nach 1945.
1959 jüngster Landtagsabgeordneter
von Rheinland-Pfalz. 1963 Vorsitzender
der Landtagsfraktion. Im Folgejahr in
den CDU-Bundestagsvorstand gewählt.
1969–1976 Ministerpräsident von
Rheinland-Pfalz.
1973–1998 Bundesvorsitzender der
CDU. 1976–1982 Vorsitzender der
CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.
1982–1998 Bundeskanzler. «Kanzler
der deutschen Einheit». Scheidet 2002
aus dem Bundestag aus.

Dr. Helmut Kohl

Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

«Über die Zukunft der deutschen Demokratie»

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie haben mir für dieses am Beginn eines neuen Jahrzehnts stattfindende Gespräch ein – wie ich sehe – nachdenkliches Thema gestellt:

«Über die Zukunft der deutschen Demokratie»

Sie wissen wie ich, dass es zu den Modeerscheinungen unserer Tage gehört, die siebziger Jahre anzupreisen, die jetzt angebrochen sind. Nun, die gegenwärtige politische Lage scheint keinen Raum für Vorschusslob zu bieten. Dennoch zähle ich – wie Sie hoffentlich im Laufe der nächsten Stunde bemerken werden – nicht zu den Pessimisten und Kassandraufern.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass derjenige, der hier vor Ihnen steht, ein handelnder Politiker ist, bei dem nachgemessen werden kann und auch nachgemessen wird, ob er das, was er sagt und vertritt, auch realisiert, zumindest dort, wo dazu die Möglichkeit besteht. Es ist mir also nicht möglich (wie etwa von einem Lehrstuhl aus), nur futurologische oder schöngeistige Überlegungen anzustellen, denn Politiker werden zur Kasse gebeten.

Das Jahr 1969 wird, so meine ich, später in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland als eine Zäsur angesehen werden. Es gibt nicht wenige, die sagen, der Bogen und das Ende des Lebens Konrad Adenauers ist eine solche Markierung; sie schneide die erste Phase, die Phase des Wiederaufbaus Deutschlands, ab.

Die beginnenden siebziger Jahre markieren eine Zeitentwicklung, die im Gegensatz zur ersten Phase deutscher Politik in vielerlei Punkten anders ist. Es ist richtig, dass die ersten 20 Jahre Bundesrepublik Deutschland einen großartigen Aufschwung für unser Land brachten. Wir Deutsche sollten das offen sagen, ohne jenes Gefühl, dass wir wieder wer sind, oder des Aufbauschens, sondern als eine nüchterne Feststellung, und wir sollten uns das eigentlich auch nicht ausreden lassen, von niemandem, dass wir in diesen zwei Jahrzehnten einiges für dieses Land, aber auch für diese Welt, tun konnten.

Dennoch bleibt die Frage zu Beginn der zweiten Phase, warum so viele in unserem Land gerade jetzt die Frage stellen, ob das alles, was wir gemeinsam gebaut haben, ausreichend ist; was geändert werden muss.

Das hat zunächst eine Bewandtnis darin, dass wir zum ersten Mal in großem Umfang einen Generationsschub in diesem Land und überall in der Welt erleben. Die Probleme auf einem Universitätscampus der Vereinigten Staaten sind um gar nichts anders als hier bei uns. Es ist eben eine neue Generation herangewachsen, eine Generation, die von all dem, was war und was die Leistung auch dieser zwanzig Jahre ausmacht, was Last und Elend dieser jüngsten deutschen Geschichte ausmacht, aus eigenem Erleben eigentlich nichts weiß und darauf angewiesen ist, dies alles aus Zeugnissen der Geschichte, Berichten Dritter zu erfahren und kennen zu lernen. Dies führt oft zu einem Urteil über diese Vergangenheit, die von Älteren, die in diesen letzten 30, 40 Jahren mitgestaltet haben, als hart und ungerecht empfunden wird. Es nützt uns gar nichts, darüber zu streiten. Das war allemal so, eine Generation, die in ihren Lauf der Geschichte eintritt, fand das, was zuvor war, selten sonderlich überzeugend. Wir müssen uns einfach damit abfinden, dass dem so auch bei uns ist.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland diese ersten zwanzig Jahre führt in vielen Punkten die Weimarer Republik fort und ist eine Reaktion auf die NS-Zeit. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und viele Landesverfassungen sind voller Beispiele, die nur erklärbar sind aus dieser Reaktion und aus der damaligen Situation. Ich möchte dazu raten, dass wir diese siebziger Jahre nicht beginnen wie Bilderstürmer, sondern bereit zur

Fortentwicklung und den notwendigen Reformen dieses unseres Staates, unseres Landes und unserer Gesellschaft. Und ich finde, wir sollten dabei uns auch darauf verstehen, diesen Weg pragmatisch zu gehen, und abtasten, was nach unseren Erfahrungen und Wertungen wahrscheinlich auch in Zukunft tragbar sein wird, und wir sollten uns um Himmels willen nicht von jenen neuen Jüngern, die die reine Lehre verkünden und in den Spuren Herbert Marcuses marschieren und uns sagen wollen, was alles sein soll, beeindrucken lassen. In einer freiheitlichen Demokratie sollte man den Wert einer pragmatischen Haltung und den moralischen Wert des Kompromisses nicht unterschätzen. Wenn ich das so sage, schließt das überhaupt nicht aus, dass wir nicht eine Gesellschaft bauen wollen, in der auch der visionäre Zug enthalten ist, ein Streben nach Zielen, von dem die meisten wissen, dass sie sie zu ihren Erdenzeiten so nicht erreichen werden. Beides gehört aufs Engste gerade in einer freiheitlichen Demokratie zusammen.

In einer Gesamtschau der Zukunft des demokratischen Staates in Deutschland hat die Entwicklung der Gesellschaftspolitik des nächsten Jahrzehnts einen ganz besonderen Rang. Die Politik dieses Zeitabschnitts ist entscheidend davon abhängig, inwieweit es gelingt, die ökonomische Leistungskraft unserer Ausbildung fortzuentwickeln und zu steigern. Dies führt von vornherein zu einer unlösbaren Verbindung von Politik und Wirtschaft. Hinzu kommt im Übrigen, dass in zunehmendem Maße der Staat selbst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor mit all seinen Belastungen für alle Teile geworden ist; die politische, soziale und technische Entwicklung haben Umfang, Inhalt und Bedeutung der ökonomisch relevanten Staatstätigkeit geändert. In ungefähr zwei Menschenaltern ist der Umfang der öffentlichen Finanzwirtschaft, ausgedrückt in Prozenten des Volkseinkommens, von einem Zehntel auf rund 40 Prozent des Sozialproduktes heraufgeschnellt. Für viele ist es, wie es schon 1944 von Hayek in seinem Buch «Der Weg in die Knechtschaft» nannte, ein großes Ärgernis. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass, wenn man als einzigen Maßstab für die Beurteilung dieser Entwicklung allein die wirtschaftliche Sachlogik, die wirtschaftliche Vernunft und die vermeintlichen Rückwirkungen dieser Entwicklungen auf die Unternehmerinitiative heranzieht, die These gehalten werden kann. Aber für die Ausweitung der Staatstätigkeit, der Politik, wie wir eigentlich viel häufiger sagen, und ihre Beurteilung gelten in vielem andere Maßstäbe. Ich verweise auf die wichtigsten Beispiele der Jetzzeit. Die Spannungen und das Auf und Ab der Spannungen zwischen Ost und West mit der ganz enormen Folge der Steigerungen der Rüstungskapazitäten bis hin in den Bereich der Weltraumforschung, die Emanzipation der Dritten Welt mit all den Konsequenzen des Eintretens neuer junger Völker in die Geschichte, in Afrika, Lateinamerika und Asien, und insgesamt gesehen die Demokratisierung des Wohlstandes und die damit verbundene Explosion – man muss es wohl so nennen – der so genannten Gemeinschaftsaufgaben. Ich gebe gern zu, dass vieles von dem, was hier in diesem Zusammenhang als politische Gründe vorgegeben werden, auch ganz einfach Gründe für andere Interessen sind.

Mit Begriffen wie Kapitalismus, Sozialismus und Liberalismus sind diese Entwicklungen und Fakten für die siebziger Jahre nicht mehr zu erklären und nicht zu deuten, ganz zu schweigen von der Eignung dieser Kategorien zur zukünftigen politischen Normsetzung.

Der Politiker muss aber die Frage beantworten, welche gesellschaftspolitischen Entscheidungen nach seiner Meinung geeignet sind, in den 70er Jahren die Existenzfähigkeit dieser unserer Gesellschaft und damit den inneren und den äußeren Frieden zu erhalten? In der Regel beginnen Überlegungen zu diesem Thema mit der Aufzählung der langfristigen Trends der technischen Entwicklungen, mit einer Charakterisierung des zukünftigen technischen Wandels. Ich verweise auf die Verbesserung der Transporttechniken, die Raumfahrt, Pipelines, Supertanker, auf die Fortschritte in der Energieversorgung und auf die wachsende Fähigkeit, im Bereich der Physik, der Biologie, der Medizin und der Chemie zu großen Erfolgen zu kommen. Ferner kann hier auf die Nachrichtentechnik, die Automation und zunehmende Mechanisierung intellektueller Prozesse hingewiesen werden.

Parallel dazu vermehren sich die Information und der Informationsstand des Menschen. Wir müssen ihn befähigen, nicht nur Information zu konsumieren, sondern auch daraus sich ein Urteil zu bilden. Diese Trends sind ohne Zweifel wichtige und für die Existenzfähigkeit unserer Gesellschaft entscheidende Entwicklungen. Sie sind vorhersehbar, weil sie sich aus der konsequenten Anwendung der Rationalität, einer Rationalität, wie wir sie aus dem wissenschaftlichen Experiment, in der Technik, kennen, ergeben. Dass auf keinem wesentlichen Gebiet des technischen Fortschritts eine technologische Lücke entsteht, ist eine der ganz wichtigen Aufgaben der siebziger Jahre, über die ich nicht zu referieren brauche, wiewohl ich weiß, dass wir in der Bundesrepublik an vielen Punkten einen ganz entscheidenden Schritt hier nach vorn tun müssen. Nach meiner Meinung ist dies heute weniger eine Frage der Erkenntnis als vielmehr eine Frage des Mutes der Politiker und der Gruppen, die diese Entscheidungen zu treffen haben, eine Prioritätsstufe für diesen Bereich zu setzen. Der Fortschritt der Technologie ist wichtig, die Forderung der technologischen Entwicklung unumgänglich, aber nur ein Teil der gesellschaftspolitischen Aufgaben der siebziger Jahre.

Gesellschaftspolitik muss das Ganze im Auge behalten. Das gilt in den siebziger Jahren vielleicht noch mehr als heute. Das gilt ganz besonders für die Faktoren, die den Strukturwandel und damit auch die gesellschaftspolitische Problematik der siebziger Jahre bestimmen werden.

Dann aber wird auch deutlich werden, dass zwar technischer Wandel ein wichtiger Faktor für Strukturveränderungen sein kann, seine gesellschaftspolitische Relevanz sich aber relativiert, weil der technische Fortschritt sich auf Bereiche der Sozialstruktur auswirkt, deren strukturelle Anpassung relativ leicht vollziehbar ist. Technologischer Fortschritt bei dem Eingreifen in die physische Umwelt hat aber eine ganz andere Bedeutung als etwa die Veränderung der Motivation, der Loyalitäten oder etwa der Anpassungsbereitschaft des Einzelnen an die Funktionserfordernisse des Ganzen. Denken Sie doch einmal an die Bedeutung einer hohen beruflichen Leistungsbereitschaft und der Bereitschaft zur beruflichen Mobilität für die zukünftige Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die weit reichenden Strukturveränderungen und damit gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen werden sich meines Erachtens nicht aus dem technischen Fortschritt, sondern vor allem auch aus dem wachsenden sozialen und politischen Bewusstsein breiter Kreise der Bürger dieses Landes ergeben. Die gesamtgesellschaftlich wirksamen Wertvorstellungen werden zunehmend alle Bereiche der Gesellschaft verändern, und zwar in den jeweiligen Bereichen typischen Ausformung. Das wird strukturelle Anpassungsprozesse nach sich ziehen, denken Sie an den Strukturwandel der Universität, der Schule, der Kirche, der Familien und vieles andere mehr. Wer einmal sehr nachdenklich über den Wandel der inneren Struktur der katholischen Kirche nachdenkt – ich glaube, das ist mit das beste Beispiel für diese Entwicklung –, wird diesen Prozess der konsequenten Anpassung an veränderte Wertvorstellungen feststellen. Wer die Diskussion in der Bundesrepublik und auch außerhalb dieses Landes um den Begriff der Amtsautorität und der persönlichen Autorität verfolgt, wird auf einen ähnlichen Prozess stoßen: Der amerikanische Soziologe Salomon Fabricant hat es schon vor einigen Jahren für die amerikanischen Verhältnisse gedeutet – und ich finde, vieles von dem stimmt auch für uns –, indem er sagte, die Probleme seien heute deshalb größer, weil unsere Maßstäbe, für das, was richtig und anständig und gut ist, heute höher sind als damals, die Probleme seien schwieriger als früher, aber wir leiden mehr, wenn wir diese Probleme erkennen.

Diese Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein der Bevölkerung und der politischen sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit führt in den verschiedensten Teilbereichen unserer Gesellschaft zu Spannungen, die gesellschaftspolitischer Antworten bedürfen.

Die Mehrzahl der gesellschaftspolitischen Aufgaben der siebziger Jahre, das ist meine Meinung, wird sich aus diesem Anpassungsprozess herleiten.

Wir sehen in der persönlichen und politischen Freiheit, der Gleichheit, dem Recht auf Selbstverwirklichung in der Demokratie, der Rationalität im Fort-

schritt und in dem offenen Zugang zu allen Positionen die grundlegenden gesellschaftlichen Werte und Postulate der siebziger Jahre. Ihre Realisierung ist aber nur in den verschiedensten Teilbereichen der Gesellschaft möglich, in der Schule, in einer Gemeinde, im Betrieb, in einer Gemeinschaft wie einem Verein, kurz gesagt, in den verschiedensten Sozialgebilden. Treffen wir in den spezifischen Sozialgebilden, wie einer Redaktion, in einer Schule, einer Universität, in den Parteien, auf Verhaltensweisen, die sich vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlich relevanten Wertvorstellungen nicht legitimieren lassen, dann wird es dort zu Wandlungsprozessen und strukturellen Anpassungen kommen müssen. So haben sich – und dies ist ein Beispiel für diese These – in unseren Familien die Verhaltensweisen der Partner etwa im Bereich der letzten hundert Jahre wesentlich verändert. Die übernommenen patriarchalischen Verhaltensmuster sind auf dem Rückzug und machen partnerschaftlichen Beziehungen Platz. Das hat zu Rollenveränderungen geführt, und es gibt ja sogar einige, die Ja sagen zu einem Rollentausch. Es ist einfach unübersehbar, dass etwa zehn Millionen berufstätige Frauen in einer völlig anderen sozialen Situation stehen, dass zehn Millionen berufstätige Frauen mit einem völlig anderen Selbstbewusstsein zur Wahlurne gehen und dass all die Annahmen, die man früher allzu leicht etwa in der Partei, in deren Vorstand ich sitze, über das Wahlverhalten der Frauen machte, nicht mehr als zutreffend anzusehen sind. Ich will von den anderen Veränderungen, die ich für ganz wichtig in diesem Zusammenhang halte, wie etwa der Erfindung der Pille, gar nicht sprechen, wiewohl die Auswirkung auch dieser Erfindung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Heute können wir feststellen, dass die innere Struktur der Familie sich in unserem Land zwar grundlegend verändert hat, dass aber die Familie auch zu einer neuen Stabilität zurückgefunden hat.

Als weiteres ganz wichtiges Beispiel möchte ich die regionale Strukturpolitik anführen. Die Gleichheit vor dem Gesetz und die Chancengleichheit fürs eigene Leben stehen seit langem in den Verfassungen, nicht nur der deutschen. Dieser Satz fand sich in der Verfassung der Weimarer Republik, dieser Satz findet sich in der Verfassung der Bundesländer, er findet sich auch in unserem Grundgesetz. Dennoch – und dies macht seine Relevanz für die siebziger Jahre aus – ist das Thema noch nie politisch so brisant geworden wie eben heute. Es ist mehr als eine Frage für Fachleute, obwohl es noch immer in der Politik zu viele gibt, die das glauben. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass persönliche und politische Freiheit als ein hoher Wert im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist; Freiheit der Person sieht man dann vor allem gewährleistet, wenn die demokratischen Grundrechte und sozialer Fortschritt garantiert sind. Unter sozialem Fortschritt wiederum werden hoher Lebensstandard und ständig steigender Lebensstandard des Einzelnen, Eigentum und Vermögen, soziale Sicherheit, fortschrittliche Innenpolitik, gesunde Lebensbedingungen verstanden. Aus diesem Bewusstsein legitimiert sich u. a. auch die Forderung nach der Angleichung der Lebensverhältnisse etwa der einzelnen Landschaften und Regionen in der Bundesrepublik. Diese Erwartungen können aber nur durch einen grundlegenden Strukturwandel unserer heutigen Kommunalverfassungen, unserer heutigen Gemeinden erfüllt werden.

Denn nach wie vor besteht die soziale Wirklichkeit der Gemeinde, das Leben des einzelnen Bürgers zunächst. Die Verwirklichung seiner sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Ziele ist abhängig von der Ausgestaltung der Gemeinde. Zunehmend muss die Gemeinde einer wachsenden Zahl verschiedenartiger und ständig wachsender Anforderungen gerecht werden. Den gestiegenen Lebensansprüchen der Bewohner steht heute jedoch die Diskrepanz in den allgemeinen Lebensbedingungen und in der Wirtschaft und in dem, was Atmosphäre und Geist einer Gemeinde ausmacht, gegenüber. Die darin liegende Gefahr sozialer Unzufriedenheit und Spannung wirkt sich auf die Stabilität der freiheitlichen Demokratie in unserem Lande aus. Die gesellschaftspolitische Antwort muss als ein neues politisches Konzept auch auf der Ebene der Gemeinde gegeben werden. Charakteristisch für die moderne Gemeinde müssen ihre gewandelten Funktionen werden. Sie

sollten jedem Bürger ermöglichen, seine kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebensansprüche umfassend unter zumutbarem Zeitaufwand und in einem gewissen räumlichen Zusammenhang zu verwirklichen. Das verlangt, meine Damen und Herren, nüchtern zusammengefasst, in den vor uns liegenden Jahren harte politische Entscheidungen. Es verlangt eine geplante und gewollte Veränderung teilweise überkommener Siedlungsstrukturen, es verlangt eine begrenzte Ballung und ein Ja zu dieser Urbanisierung auch im ländlichen Bereich, es verlangt eine raumbezogene großzügige Kommunal- und Regionalpolitik, und es verlangt den Mut zu einer umfassenden Kommunalreform, die in einem Kommunalverfassungsrecht die Möglichkeit gibt, uns auf der Höhe der Zeit zu bewegen. Knapp gesagt, es verlangt, dass wir weit über die Vorstellungen hinaus, die heute noch bei Gedenkreden aus Anlass des Gedenkens an den Freiherrn vom Stein vorge tragen werden, für die Zukunft planen und überlegen. Denn die Bevölkerung, unsere Mitbürger, wir alle, sind heute schon nicht mehr – und dies wird noch viel weniger morgen und übermorgen sein – bereit, ein geringes Einkommen, mangelnde allgemeine Lebensbedingungen und die sozialkulturelle Verödung ganzer Landstriche als Preis für spektakuläre technische und wirtschaftliche Erfolge in anderen bevorzugten Gebieten zu akzeptieren.

Meine Damen und Herren, die wirklich bedeutenden und guten Untersuchungen über den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren zeigen ganz deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Virus des Rechtsradikalismus und dieser These von der Entwicklung weit zurückgebliebener Gebiete besteht. Es wäre deshalb ein Wahnwitz, wenn die Politik und alle, die sich um dieses Land Sorgen machen, daraus nicht die nötigen Schlüsse ziehen würden. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass die Frage der regionalen Betrachtungen der Notwendigkeit des Aufholens zurückgebliebener Regionen eine der zentralen Fragen der zukünftigen europäischen Konzeption sein wird. Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass manches von dem, was wir jetzt einfach so an Erklärungen unserer Bereitschaft auf dem Wege nach Europa abgeben, sich speziell an diesem Punkte auch in Europa erweisen muss. Es ist ein weltweites Problem, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorweg sagen zu können, dass die große Politik dieser Welt, die weit gehend bestimmt wird auf der einen Seite von den Vereinigten Staaten als der Vormacht der freien Welt und vor allem auch der Nato, dass diese Politik entscheidend von der Frage der Regionalpolitik in den Vereinigten Staaten in dem nächsten Jahrzehnt beeinflusst werden wird. Die Probleme werden ein Ausmaß in diesem Lande annehmen, dass sicher kein amerikanischer Präsident, wie immer er auch heißen mag und von welcher Gruppierung er auch immer kommt, an dieser Fragestellung und ihren enormen finanzpolitischen Auswirkungen vorübergehen kann. Das, was für die amerikanischen Verhältnisse gilt, gilt entsprechend auch für unser Land.

Der regionale Strukturwandel muss geplant und geordnet verlaufen. Das verlangt in den siebziger Jahren auch einen stärkeren gesellschaftspolitischen Einfluss auf diese Entwicklung. Dazu sind gesetzgeberische Konsequenzen notwendig; denken Sie nur an die Frage der Sozialbindung von Grund und Boden.

Um zusammenfassend noch einmal zu charakterisieren, wie ich die gesellschaftliche Entwicklung in diesem Jahrzehnt sehe, darf ich sagen, meines Erachtens werden die gesamtgesellschaftlichen Wertvorstellungen in den siebziger Jahren weit gehend stabil sein. Es werden aber Strukturveränderungen erheblichen Ausmaßes in den so genannten Subsystemen beobachtbar sein, weil das Durchsickern der allgemeinen demokratischen Wertwelt in die Erwartungsstrukturen der einzelnen Lebensbereiche weiter fortschreitet.

Die Frage der Mitgestaltung, des Mitwirkens der Eltern in der Schule, die Frage der Mitbestimmung von Schülern und Eltern in der Schule, die Frage der Mitbestimmung im Betrieb, die Frage der Mitbeteiligung von Beamten und Angestellten etwa an den entsprechenden Bedingungen ihrer Laufbahn, die Mitwirkung der Bürger bis hin zu den zunehmenden Forderungen nach einem plebisizitären Zug etwa der Kommunalpolitik, das alles gehört in die-

sen Bereich. Auf all diese Erwartungen wird der Politiker der siebziger Jahre eine überzeugende und, wie ich gleich hinzufügen möchte, eine sachlich vertretbare Antwort finden müssen, weil es zur Verantwortung des Politikers gehört, diese strukturellen Anpassungen zu vollziehen, will er diesen Prozess nicht mit Rückzugsgefechten verzögern, sondern nach einem gesellschaftspolitischen Konzept zu steuern versuchen.

Dabei wird es ganz entscheidend auf die Methode ankommen. Die für die Industriegesellschaft gültige Methode der Wertverwirklichung ist die Rationalität. Die Gesellschaftspolitik der siebziger Jahre wird sich dieser Methode ebenfalls verpflichten müssen. Wenn sie dies tut, dann ist das aber gleichzeitig die Entscheidung für eine durchgängige Anwendung der Rationalität in allen Bereichen und auch hinsichtlich der Vereinbarkeit verschiedener Wertvorstellungen. Die Rationalität wird dabei natürlicherweise zum Feind aller kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Privilegien werden, weil es eben zur Rationalität gehört, Dinge, Werte, Verhältnisse aufeinander zu beziehen und damit auch zu werten. Das wird mit den mannigfaltigen Privilegierungen zu geschehen haben, die es in unserem Lande an vielen Punkten heute noch gibt und von denen ich glaube, dass sich die wenigsten über dieses Jahrzehnt noch retten werden. Rechtfertigungsideologien für Privilegien, und das ist, politisch gesehen, für alle Freiheiten zu sagen, werden nur dann weiterhin ihren Zweck erfüllen können, wenn sie rational erkennbare Beziehungen zwischen diesen Privilegien und den gesamtgesellschaftlichen Wertvorstellungen und Funktionserfordernissen darstellen. Die Begünstigungen, ich habe es schon gesagt, die heute beispielsweise das Bodenrecht dem Eigentümer gewährt, gehören in diesen Bereich, und wer in diesem nächsten Jahrzehnt dafür Sorge tragen muss und verantwortlich ist, dass dieses Land nicht in einer Flut des Verkehrs ertrinkt, wer die Verantwortung dafür tragen muss, dass etwa die Entballung vernünftig geschieht, dass vernünftige Lebensbedingungen geschaffen werden, dass die Stadtsanierung vorankommt, der muss auch die Sozialfunktionen des Eigentums an Grund und Boden kritisch überprüfen. Deswegen werden wir in den zukünftigen Jahren vor einer Neubestimmung auch der Sozialfunktion des Einkommens stehen mit all den Konsequenzen, die sich möglicherweise daraus ergeben. Von einer rationalen Überprüfung bestehender Strukturen – auch das möchte ich ganz deutlich sagen – kann auf keinen Fall die politische Welt ausgenommen werden. Viele der heute vorgegebenen Strukturen werden dabei zur Disposition zu stellen sein. Das gilt z. B. für die heutige Form und Ausgestaltung des Föderalismus. Wir werden gezwungen sein, zwischen der Bundesstaatlichkeit als Prinzip und ihrer konkreten Gestalt einmal zu unterscheiden. Bundesstaatlichkeit lässt sich, auch heute noch und vielleicht gerade heute, überzeugend im Zusammenhang mit anderen Strukturelementen unseres Staates, nämlich der Demokratie und der sozialen Rechtsstaatlichkeit, begründen. Wenn man die Bundesstaatlichkeit wegen ihrer machthemmenden Wirkung als komplementäres Element der Gewaltenteilung will, dann muss man beispielsweise ganz logischerweise einer Neugliederung der Bundesländer, einer Verringerung der Zahl der Bundesländer, unter anderem auch zustimmen. Außerdem vermag die historische Tradition oder das Privileg, dass es ein armes und ein reiches Bundesland gibt, mit all den Konsequenzen für die dort lebenden Bürger, sich ganz sicherlich nicht mehr zu legitimieren.

Das zunehmende politische Bewusstsein unserer Bevölkerung wird ein ganz anderes Verhältnis des Bürgers zum Staat und zur Politik ermöglichen. In diesem Prozess wird ganz sicherlich auch ein Stück staatlicher Autorität, wie wir es aus obrigkeitlicher Zeit vergangener Zeiten kennen, dahinschmelzen. Es wird eben kein Platz mehr sein für eine gespreizte Selbstdarstellung staatlicher Autorität. Die Distanz zwischen Bürger und Staat muss aktiv von den Repräsentanten, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger auf Zeit ein besonderes Amt und Mandat übertragen bekamen, überwunden werden, und das geht vor allem dadurch, dass sie ihr Wollen und Handeln in der Politik transparent, d. h. überschaubar und durchsichtig machen durch mehr Information und durch mehr unmittelbare Beteiligung des einzelnen Bürgers am

gesamtpolitischen Geschehen.

Für den Politiker besteht angesichts dieses dauernden Wandels des gesellschaftlichen Bewusstseins und der Strukturen unserer Gesellschaft die Gefahr, an politischen Leitbildern festzuhalten, die keine sonderlich überzeugenden Lösungen der gesellschaftlichen Konflikte mehr erlauben.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang sollte ich auch noch eine kurze Bemerkung machen zu dem, was ich gerne eine der Achillesfersen der deutschen Demokratie von heute nenne, nämlich zur Situation der Parteien und vor allem zur inneren Situation der Parteien. Wir haben im Grundgesetz, im Artikel 21 des Grundgesetzes, den politischen Parteien als einer Art von Katalysator die Meinungsbildung und Willensbildung überantwortet. Ganz allgemein gesprochen muss man sagen, dass der Zustand der Parteien insgesamt, der Anteilnahme an der Willensbildung in diesen Parteien, die Herbeiführung von Entscheidungen für die praktische Politik völlig unzureichend geregelt ist. Die Tatsache, dass knapp vier Prozent der Wähler in der Bundesrepublik Deutschland Mitglied einer politischen Partei sind und von diesen vier Prozent, wenn Sie diese gleich hundert Prozent setzen, vielleicht zehn Prozent sich um die Dinge in der Partei kümmern, dann zeigt dies, dass wir uns hier einen Luxus erlauben, der mehr als sträflich ist.

Ein mittleres Unternehmen, das in dieser Form Personalpolitik machen würde, würde alsbald ein schlimmes Ende nehmen. Das ist nur bedingt eine Anklage gegen die Parteien. Dass wir uns den Leichtsinn erlauben – man kann es nicht anders nennen –, den Führungsnachwuchs, das Führungspotenzial für dieses unser Land teilweise so zufällig zustande kommen zu lassen, ist einfach ein Hinweis, dass hier eines der wichtigen Probleme der Politik der siebziger Jahre liegt.

Politische Leitbilder, die die Wirklichkeit verfehlten, schaffen Illusionen. Illusionen sind der Ausdruck eines falschen Bewusstseins. Auf die Dauer muss ein Politiker mit einem falschen politischen Bewusstsein an der Realität, an der Wirklichkeit des Tages scheitern. Die Möglichkeiten, uns heute vor einem falschen Bewusstsein zu bewahren, sind ziemlich groß. Man muss einfach zugeben, wer von uns in einer wichtigen Funktion dieses Staates steht, hat, wenn er nur will, ein ganz hohes Maß von Möglichkeiten, etwa die neuesten Daten und Möglichkeiten der Wissenschaft zu nutzen. Man muss das allerdings wollen, und die mangelnde Bereitschaft dazu wäre ganz sicherlich mit eines der gefährlichsten Versagen, die uns für die Zukunft passieren können, weil dadurch der soziale Fortschritt, der innere und äußere Friede unserer Gesellschaft, aufs Äußerste gefährdet würde.

Wenn Sie mich fragen, als einen aus der mittleren Generation, der möglicherweise die Chance hat, in diesem ganzen Jahrzehnt politisch tätig sein zu können, dann würde ich – allen Unkenrufen zum Trotz – eine günstige Prognose stellen.

Wir sind durchaus in der Lage, mit dem, was wir uns gemeinsam gebaut haben in diesen vergangenen zwanzig Jahren, diese nächsten zehn Jahre so zu gestalten – so, dass dieses Land eine weitere große Zukunft hat.

Es gebricht uns nicht am Sachverstand, meine Damen und Herren, alle nur denkbaren Daten stehen zur Verfügung. Es ist die Frage, ob wir neben dem Sachverständnis das haben, was demokratische Politik in besonders hohem Maße auszeichnet, nämlich den Mut, nach einer richtigen Erkenntnis zu handeln, auch wenn das vordergründig unpopulär scheint. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass das, was die im Establishment als scheinbar unpopulär empfinden, von vielen unserer Mitbürger, wenn es nur richtig dargestellt wird, als eine überzeugende und übrigens recht wirksame Politik akzeptiert wird. Es wird wichtig sein, dass die Politiker dabei nicht allein sind. Es wird wichtig sein, dass sie viele Hilfen erhalten, Hilfen im Wege einer vernünftigen konstruktiven Kritik, das ist unerlässlich. Aber auch Hilfen im Wege eines freundschaftlichen Rates, und darum darf ich Sie zum Schluss sehr herzlich bitten. ■